



Kurznachrichten der Vertretung des Landes Brandenburg bei der EU

Redaktionsschluss 30. September 2018

Liebe Leserinnen und Leser!

Der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, hielt am 12. September 2018 vor den Abgeordneten des Europäischen Parlamentes in Straßburg seine letzte Rede zur Lage der Europäischen Union. Nach den Europawahlen im Mai nächsten Jahres wird er sein Amt aufgeben. In der Rede stellte der Kommissionspräsident seine Prioritäten heraus. Einzelheiten dazu finden Sie in unserem TOP-Thema.



Und nun zu der neuen personellen Lage in unserer Landesvertretung:

Seit dem 1. September 2018 haben wir mit Frau Katrin Gericke personelle Verstärkung erfahren. Frau Gericke wurde durch das Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft aus Potsdam nach Brüssel entsandt und vertritt dessen Belange.

Seit Mitte August 2018 ist Frau Karen Hey als Hospitantin im Bereich Inneres zur Landesvertretung abgeordnet. Frau Hey ist Mitarbeiterin des Dezernates Wirtschafts- und Umweltkriminalität des Landeskriminalamts in der Außenstelle Potsdam. Zudem unterstützt Oliver Stolze vom 1. bis 30. September 2018 die Landesvertretung als Praktikant. Er studiert Politik und Geschichte an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Ebenfalls seit dem 01. September 2018 verstärkt Praktikantin Antje Specht das Team der Landesvertretung für zwei Monate. Sie ist Masterstudentin der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften.

Ihr Team der Landesvertretung

Unsere Themen im Überblick

Grußwort	1
I. TOP-Thema - Rede zur Lage der Union 2018	4
II. Aktuelle Entwicklungen – kurz und knapp –	5
1. Brexit	5
Rat: Stand der Entwicklungen zum Brexit	5
2. Kohäsionspolitik	6
2.1. EuRH: Auswahl von Projekten	6
2.2. EuRH: Einsatz der Kohäsionsmittel	6
3. Justiz und Verbraucherschutz	6
3.1. KOM: Polen verstößt gegen Rechtsstaatlichkeit	6
3.2. KOM: Registrierung von drei neuen Bürgerinitiativen	7
3.3. KOM: Airbnb ändert Geschäftspraktiken	7
4. Inneres	8
4.1. JI-Rat: Verordnung für ETIAS	8
4.2. EP: Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung	8
4.3. Lage der Union 2018: Mandat der europäischen Staatsanwaltschaft	8
4.4. Lage der Union 2018: Löschung terroristischer Inhalte im Internet	9
4.5. Lage der Union 2018: Grenzmanagement und Migrationssteuerung	9
4.6. EuGH: Vollstreckbarkeit eines Haftbefehls aus UK	10
4.7. EP: EU-Budget 2019 für Migrationsherausforderungen	10
4.8. Rat: Digitalisierung der Verwaltung	10
4.9. KOM: Regeln für die elektronische Identifizierung	11
5. Finanzen	11
5.1. Lage der Union 2018: Überwachung der Geldwäschebekämpfung	11
5.2. KOM: Mehrwertsteuer-Lücke im Jahr 2016	11
5.3. KOM: Keine steuerliche Sonderbehandlung für McDonald's	12
5.4. KOM: Beschlagnahmen durch EU-Zollbehörden 2017	12
5.5. EuGH: Akten von Finanzaufsichtsbehörden	12
6. Wirtschaft und Energie	13
6.1. EuRH: Hintergrundpapier zur EU-Wettbewerbspolitik	13
6.2. KOM: Prüfung von Automobilherstellern wg. möglicher Absprache	13
6.3. KOM: Steigender Export durch CETA	13
6.4. G20: Stahlindustrie - Maßnahmen gegen Überkapazitäten	14
6.5. Rat: Digitales Zugangstor zu Online-Verwaltungsdiensten	14
7. Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft	15
7.1. Lage der Union 2018: Klimaschutz	15

7.2.	EP: Kunststoffstrategie	15
7.3.	EP: Zulassungssystem von Pflanzenschutzmitteln.....	15
7.4.	Eurostat: Nachhaltigkeitsziele in der EU	16
7.5.	EuRH: Sonderbericht zur Luftverschmutzung	16
8.	Wissenschaft, Forschung und Kultur	16
8.1.	KOM: Europäischer Forschungsrat	16
8.2.	Rat: Ministerin Dr. Martina Münch in Brüssel	17
8.3.	EU investiert 1 Mrd. Euro in europäischen Supercomputer	17
8.4.	KOM: Verbesserungsbedarf bei <i>Europeana</i>	17
9.	Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie.....	18
9.1.	EP: Europäisches Solidaritätskorps	18
9.2.	Eurostat: Quote der offenen Stellen in der EU	18
9.3.	EuGH: Entsendung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern	19
9.4.	KOM: Einhaltung des EU-Rechtes durch Ryanair.....	19
10.	Infrastruktur und Landesplanung	19
10.1.	KOM: 5G Testkorridor für autonome Fahrzeuge.....	19
10.2.	Neue Emissionstests bei Neuzulassung von Kraftfahrzeugen	20
11.	Verschiedenes.....	20
11.1.	EuRH: Ausweitung der Aufsichtstätigkeit der KOM	20
11.2.	Rede zur Lage der Union 2018: Schutz vor Wahlmanipulation.....	20
11.3.	Eurostat: Jahrbuch der Regionen 2018	21
11.4.	KOM: Gesetzesvorschlag für Ende der Zeitumstellung	21
11.5.	EP: Bevölkerung erwartet mehr europäische Maßnahmen.....	21
11.6.	Europäischer Tag der Sprachen	22
11.7.	KOM: Kampf gegen Desinformationen	22
III.	Aktuelles aus der Landesvertretung.....	23
1.	MIL Konsultationsbesuch in der LV.....	23
2.	Delegierte der Ostafrikanischen Gemeinschaft in Brüssel	23
3.	Europaministerkonferenz in Brüssel	23
IV.	Öffentliche Konsultationen.....	24
V.	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesvertretung.....	25

I. TOP-Thema - Rede zur Lage der Union 2018

Am 12. September 2018 hat Kommissionspräsident Juncker im Europäischen Parlament (EP) in Straßburg seine vierte Rede zur Lage der Union gehalten.



Junckers Rede basierte auf der Vorstellung seiner Prioritäten für die kommenden zwölf Monate mit der Betonung, dass auch in dieser Zeit die Arbeit der KOM – auf dem Weg zur Vervollkommnung der Europäischen Union – nicht still stehen wird. Hauptschwerpunkt seiner Rede lag auf der Europäischen Souveränität: Europa muss die Souveränität seiner Nationalstaaten bündeln und in der zunehmend instabilen Welt nicht nur als „global payer“ eine globale Führungsrolle übernehmen. In diesem Zusammenhang hob Juncker die Bedeutsamkeit einer gemeinsamen Europäischen Verteidigungsunion hervor, deren Ausgestaltung sich die Kommission in den kommenden Monaten weiter widmen wird. Aber auch für die Mitgliedstaaten ist ein geeintes souveränes Europa im Hinblick auf die daraus resultierenden Vorteile zu begrüßen. Gemeinsam können aktuelle Herausforderungen, wie die Terrorismusbekämpfung, der Klimawandel, die globale Digitalisierung oder die Schaffung von Arbeitsplätzen, angegangen werden. So hob Juncker in seiner Rede die Rekordbeschäftigtenquote Europas hervor.

Einige weitere Aspekte seiner Rede waren:

- **Migration und Asyl** – Die Europäische Grenz- und Küstenwache muss gestärkt, die Europäische Asylagentur ausgebaut, die Rückführung eingereister Migranten beschleunigt sowie legale Einwanderungswege müssen geschaffen werden.
- Dazu muss die österreichische Ratspräsidentschaft eine Migrationsreform erarbeiten, welche zukunftsfähige Lösungen bereitstellt.
- **Sicherheit** – Um den Terrorismus weiter zu bekämpfen, muss terroristische Propaganda binnen einer Stunde aus dem Internet entfernt werden.
- **Zeitungstellung** – Nach der europaweiten Umfrage zur Zeitungstellung sollen die Mitgliedstaaten nun jeweils selbst entscheiden, die Sommer- oder Winterzeit einzuführen.
- **Bekämpfung von Geldwäsche** – Um grenzüberschreitend gegen Geldwäsche vorzugehen, müssen neue, effektive Maßnahmen getroffen werden.

- **Afrika** – Es soll ein neues afrikanisch-europäisches Bündnis für nachhaltige Investitionen und Arbeitsplätze aufgebaut werden, um eine Partnerschaft mit Afrika auf Augenhöhe auszubauen.

Auf Basis dieser Rede stellte die KOM 18 konkrete Initiativen vor - u. a. zu den Themen Migration, Sicherheit, Wahlen sowie Grenzmanagement.

Bei dem Treffen der EU-Staats- und Regierungschefinnen und -chefs in Sibiu (Rumänien) am 9. Mai 2019 sollen dann - zwei Wochen nach den Europawahlen - aus den Initiativen resultierende erste Ergebnisse vorgestellt werden. Präsident Juncker appellierte in seiner Rede, dass auf dem Gipfel der EU-Haushalt nach 2020 beschlossen werden müsse, um die Finanzierung der Unionsziele sicherzustellen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180912-lage-der-union-2018-stunde-der-europaeischen-souveraenitaet_de

https://ec.europa.eu/commission/priorities/state-union-speeches/state-union-2018_de

<https://de.euronews.com/2017/09/13/kurz-zusammengefasst-junckers-rede-zur-lage-der-union>

II. Aktuelle Entwicklungen – kurz und knapp –

1. Brexit

Rat: Stand der Entwicklungen zum Brexit

Beim informellen Europäischen Rat am 19./20. September 2018 in Salzburg standen u. a. die Verhandlungen über den Austritt des Vereinigten Königreichs (UK) aus der EU, insb. die Frage der Grenzregelung zwischen Irland und Nordirland (sog. Backstop) sowie die grundsätzliche Ausrichtung der künftigen Beziehungen zwischen UK und der EU im Mittelpunkt. Eine Einigung kam nicht zustande. Die britische Premierministerin hatte einem Backstop zur Regelung der Grenzfrage beim Rat im März 2018 grundsätzlich zugestimmt. Den Vorschlag des Brexit-Chefunterhändlers Barnier einer Angleichung Nordirlands an den EU-Binnenmarkt und der Zollunion lehnte sie in Salzburg jedoch weiterhin ab, da dies eine rechtliche und regulatorische Barriere zwischen Nordirland und UK schaffen würde. Der von der Task Force ausformulierte Backstop sieht ein System von Grenzkontrollen zwischen UK und der EU vor, das sich in verschiedener Weise, an unterschiedlichen Orten und mit neuesten Technologien umsetzen lasse. Die britische Regierung bevorzugt dagegen die Schaffung einer Freihandelszone für Güter (einschl. Landwirtschaftserzeugnisse) zwischen der EU und dem gesam-

ten UK, was einen Backstop überflüssig machen würde. Dies lehnten die 27 EU-Mitgliedstaaten mit Verweis auf die Unteilbarkeit des EU-Binnenmarkts jedoch ab. Ziel ist nach wie vor, bis zum Europäischen Rat am 18./19. Oktober 2018, spätestens aber bis Mitte November 2018 eine Gesamteinigung herbeizuführen und das Ratifizierungsverfahren einzuleiten.

<http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/09/20/remarks-by-president-donald-tusk-after-the-salzburg-informal-summit/pdf>

2. Kohäsionspolitik

2.1. EuRH: Auswahl von Projekten

In einem Bericht des Europäischen Rechnungshofes (EuRH) vom 6. September 2018 vertritt der EuRH die Auffassung, dass bei den Verfahren zur Auswahl von Projekten im Bereich der Kohäsionspolitik der Schwerpunkt immer noch auf den Outputs und Ausgaben und nicht auf den Ergebnissen liege, obwohl bereits seit Langem Verbesserungen beabsichtigt seien. Der EuRH stellt außerdem fest, dass sich aufgrund von Mängeln bei der Begleitung schwer beurteilen lasse, in welchem Umfang die EU-Mittel zur Erreichung der Ziele der EU und der Mitgliedstaaten beigetragen hätten.

https://www.eca.europa.eu/Lists/News/NEWS1809_04/INSR_PROJECT_PERFORMANCE_DE.pdf

2.2. EuRH: Einsatz der Kohäsionsmittel

Aus einem weiteren Bericht des EuRH vom 13. September 2018 geht hervor, dass der EuRH der KOM und den Mitgliedstaaten empfiehlt, die Kohäsionsmittel wirksamer einzusetzen. Durch die Verzögerungen bei der Fertigstellung des Rechtsrahmens und den langsamen Fortschritt bei den Ausgabenplänen entstehe bei den nationalen Behörden Druck, die Mittel schnell einzusetzen. Dies könne mitunter auf Kosten der Wirtschaftlichkeit gehen. Erst spät habe die KOM versucht, die Schwierigkeiten beim Einsatz der Mittel bei einigen Programmen zu beheben, ihre Maßnahmen und die der Mitgliedstaaten hätten sich hingegen positiv auf die Mittelausschöpfung ausgewirkt.

https://www.eca.europa.eu/Lists/News/NEWS1809_13/INSR_ABSORPTION_DE.pdf

3. Justiz und Verbraucherschutz

3.1. KOM: Polen verstößt gegen Rechtsstaatlichkeit

Mit Beschluss vom 24. September 2018 verklagt die KOM Polen wegen des gegen die Grundsätze der richterlichen Unabhängigkeit und Unabsetzbarkeit verstoßenden neuen pol-

nischen Gesetzes über das Oberste Gericht vor dem EuGH. Die Minderung des Pensionsalters von 70 auf 65 Jahre führt zu einem Austausch von 27 der 72 Richter sowie der Ersten Präsidentin. Zudem ersucht die KOM den EuGH, für die Zeit bis zum Erlass eines Urteils in der Hauptsache einstweilige Anordnungen zu treffen. Durch die derzeitige Beschleunigung der Realisierung des Gesetzes bestehe die Gefahr eines schweren und irreparablen Schadens für die richterliche Unabhängigkeit in Polen und damit für die Rechtsordnung der EU. Gleichzeitig läuft gegen Polen aufgrund jenes neuen Gesetzes das Rechtsstaatlichkeitsverfahren nach Art. 7 EUV. Zuvor hatte Polen keine Bereitschaft zu weiteren Schritten gezeigt und die Zweifel der KOM für unbegründet erklärt.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180924-rechtsstaatlichkeit-polen_de

3.2. KOM: Registrierung von drei neuen Bürgerinitiativen

Am 4. und am 19. September 2018 hat die KOM drei Bürgerinitiativen für rechtlich zulässig erklärt. „Käfighaltung jetzt beenden“ fordert ein gesetzliches und absolutes Verbot von Käfighaltung. „Eat original! Unmask your food!“ erstrebt verpflichtende Ursprungserklärungen für alle Lebensmittel zur Unterbindung von Betrug und für den Gesundheits- und Verbraucherschutz der Bürgerinnen und Bürger. „Stop fraud and abuse of EU funds“ zielt auf eine Ausweitung der Kontrollen und strengere Sanktionen für nicht in die Europäische Staatsanwaltschaft eingebundenen Mitgliedstaaten ab. Mit Inkrafttreten der Registrierungen beginnt für die Initiativen die Jahresfrist zur Sammlung einer Million Unterschriften aus mindestens sieben EU-Mitgliedstaaten. Wird diese Anzahl erreicht, muss die KOM in den folgenden drei Monaten begründen, ob sie einen Rechtsakt einbringt.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180919buergerinitiativen_de

https://ec.europa.eu/germany/news/20180905-europaeische-buergerinitiative_de

3.3. KOM: Airbnb ändert Geschäftspraktiken

Das US-Internetportal zur Vermittlung von Unterkünften (Airbnb) reagiert auf das Verlangen der KOM und EU-Verbraucherschutzbehörden nach Berücksichtigung des EU-Verbraucherrechts. Künftig soll der Gesamtpreis einer Buchung angegeben werden. Ist dieses nicht möglich, wird eindeutig auf eventuelle Zusatzkosten hingewiesen. Ferner wird unmissverständlich dargestellt, ob es sich um eine private oder gewerbliche Vermietung handelt. Die Kundschaft wird darüber aufgeklärt, dass sie bei Schäden alle Rechtsbehelfe gegen den Vermietenden anwenden und gegen das Unternehmen vor der Gerichtsbarkeit ihres Wohnsitzstaates klagen können. Bei Auflösung oder Abänderung eines Vertrages erfolgen eine Information sowie eine Unterrichtung über Rechtsbehelfe. Bis Jahresende sollen die Änderungen finalisiert und umgesetzt werden.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-5809_de.htm

4. Inneres

4.1. JI-Rat: Verordnung für ETIAS

Am 5. September 2018 nahm der Rat (Justiz und Inneres) die Verordnung zur Einrichtung eines Europäischen Reiseinformations- und -genehmigungssystems (ETIAS) an. Das System ermöglicht eine Vorabüberprüfung von Drittstaatsangehörigen, die von der Visumpflicht befreit sind, so dass ihnen erforderlichenfalls die Reisegenehmigung verweigert wird. Damit soll das System u. a. dazu beitragen, die innere Sicherheit zu verbessern und illegale Einwanderung zu verhindern, da Personen, die ein Risiko darstellen, vor deren Ankunft an den Außengrenzen ausfindig gemacht werden können. Das neue System soll bis 2021 betriebsbereit sein.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/09/05/european-travel-information-and-authorisation-system-etias-council-adopts-regulation/>

4.2. EP: Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung

Das Europäische Parlament hat am 12. September 2018 neue Bestimmungen zur Verhinderung von Geldwäsche und zur Verschärfung der Kontrollen für die grenzüberschreitende Bargeldverbringung angenommen. Neuerungen im Bereich Geldwäsche sind u. a. EU-weite Definitionen der Straftatbestände und Sanktionen sowie zusätzliche Sanktionen für Personen, die wegen Geldwäsche verurteilt wurden. Bei Kapitalströmen wird es u. a. künftig möglich sein, auch unter der Schwelle von 10.000 Euro Informationen zu Bargeldbewegungen zu erheben und Zahlungsarten wie Gold und Prepaidkarten als „Barmittel“ zu erfassen. Damit soll u. a. die Finanzierung des Terrorismus bekämpft werden. Die neuen Vorschriften werden nach Veröffentlichung nach 24 bzw. 30 Monaten ihre Wirksamkeit entfalten.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20180906IPR12180/neue-eu-vorschriften-zur-bekampfung-von-geldwasche-und-terrorismusfinanzierung>

4.3. Lage der Union 2018: Mandat der europäischen Staatsanwaltschaft

In seiner Rede zur Lage der Union hat Kommissionspräsident Juncker am 12. September 2018 ausgeführt, dass die neu geschaffene Europäische Staatsanwaltschaft (EUSTa) auch für die Bekämpfung terroristischer Straftaten zuständig sein sollte, um unionsweit und grenzüberschreitend Terroristen verfolgen zu können. Zusätzlich zu der bisherigen Zuständigkeit für Straftaten zum Nachteil des EU-Haushalts wie Korruption, Betrug oder schwerem grenz-

überschreitenden Mehrwertsteuerbetrug kann die EUStA so wirkungsvoll die Bekämpfung des Terrorismus in der EU durch koordinierte Ermittlungen, rechtzeitigen Informationsaustausch und kohärente Ermittlungen in verschiedenen Mitgliedstaaten intensivieren. Zur Verwirklichung dieses Vorhabens sind noch eine Anhörung der Kommission, die Zustimmung des EP und ein Beschluss der Mitgliedstaaten erforderlich.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180913-staerkung-des-mandats-der-europaeischen-staatsanwaltschaft_de

4.4. Lage der Union 2018: Löschung terroristischer Inhalte im Internet

Im Rahmen der Rede zur Lage der Union am 12. September 2018 wurde durch Kommissionspräsident Juncker ein neuer Vorschlag der KOM für eine Verordnung zur Bekämpfung terroristischer Propaganda im Internet bekannt gegeben. Demnach sollen im Internet EU-weit zugängliche terroristische Online-Inhalte innerhalb einer Stunde infolge einer Entfernungsanordnung der nationalen Behörden durch das Internetunternehmen gelöscht bzw. gesperrt werden. Welche Inhalte dazugehören, wird klar definiert, ebenso Rechte und Pflichten der Anbieter von Hosting-Diensten. Weitere Kernpunkte der neuen Vorschriften sind verstärkte Zusammenarbeit zwischen Diensteanbietern, Mitgliedstaaten und Europol sowie Transparenz und Sanktionen für Verstöße.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180913-strengere-vorschriften-zur-entfernung-terroristischer-online-inhalte_de

https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/soteu2018-factsheet-terrorist-content_de.pdf

4.5. Lage der Union 2018: Grenzmanagement und Migrationssteuerung

Die KOM hat einen neuen Vorschlag für die Reform des Grenzmanagements und der Migrationspolitik vorgelegt, wie Kommissionspräsident Juncker am 12. September 2018 in der Rede zu Lage der Union angekündigt hat. Vorgeschlagen wurden u. a. die Aufstockung der Einsatzkräfte der Europäischen Grenz- und Küstenwache auf ab 2020 verfügbare 10.000 Einsatzkräfte sowie deren Ausstattung mit Exekutivbefugnissen. Die Migrationssteuerung soll durch eine neue EU-Asylagentur sowie eine konsequentere und wirksame Rückführungspolitik mit u. a. neuen Verfahren an der Grenze, klaren Vorschriften und Verfahren für Verhinderung von Missbrauch und klaren Vorschriften für die Inhaftnahme unterstützt werden. Dazu kommen die Schaffung legaler Wege nach Europa, beispielsweise mit der „Blauen Karte“, und die verstärkte Zusammenarbeit mit Drittstaaten.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180913-kommission-will-grenzmanagement-und-migrationssteuerung-reformieren_de

4.6. EuGH: Vollstreckbarkeit eines Haftbefehls aus UK

Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) hatte über die Frage zu befinden, ob nach der Erklärung des Austritts des UK aus der EU ein Europäischer Haftbefehl weiterhin vollstreckt und die in einem EU-Mitgliedstaat festgenommene Person an UK übergeben werden darf. Am 19. September 2018 kam der EuGH zu dem Schluss, dass die Austrittserklärung an sich nicht die Aussetzung der Anwendung des Unionsrechts im Mitgliedstaat bewirkt. Der EuGH verwies darauf, dass UK Vertragspartei der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie des Europäischen Auslieferungsabkommens vom 13. Dezember 1957 ist. Daher kann die vollstreckende Justizbehörde annehmen, dass der den Haftbefehl ausstellende Mitgliedstaat auch nach dessen Austritt aus der EU geltende Rechte aus dem Rahmenbeschluss anwenden wird.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2018-09/cp180135de.pdf>

4.7. EP: EU-Budget 2019 für Migrationsherausforderungen

Am 25. und 26. September 2018 stimmten die Abgeordneten des EP über den Haushalt für 2019 ab. Dabei wurden auch Erhöhungen im Bereich der Migration vorgenommen. So wurden die Instrumente für Entwicklungszusammenarbeit und für Europäische Nachbarschaftsprojekte sowie die Unterstützung des Westbalkans deutlich erhöht. Ebenso wurde der Asyl-, Migrations-, und Integrationsfonds angehoben, um die Migrationsherausforderungen anzugehen. Weiterhin stimmten die Parlamentarier über weitere Zahlungen für Flüchtlinge in der Türkei ab. Für die Auszahlung einer zweiten Tranche in Höhe von 1 Mrd. EUR werden für 2019 450 Mrd. EUR geplant, da bereits 550 Mrd. EUR aus dem Haushalt 2018 genutzt wurden. Die Parlamentarier entschieden sich auch gegen eine Rücknahme von Kürzungen im Rahmen der Unterstützung des EU-Beitritts, die durch den Rat aufgrund mangelnden Respekts der Türkei gegenüber EU-Werten vorgenommen worden war.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20180924IPR14224/eu-budget-2019-meps-increase-funding-on-youth-migration-and-research>

4.8. Rat: Digitalisierung der Verwaltung

Am 27. September 2018 nahm der Rat "Wettbewerbsfähigkeit" eine Verordnung über die Einrichtung eines digitalen Zugangstores an, durch das Einzelpersonen und Unternehmen online u. a. auf Verwaltungsverfahren und Informationen Zugriff erhalten. Diese Schnittstelle wird einen zentralisierten Zugang auf einige grundlegende Verwaltungsverfahren sowohl für nationale Nutzende als auch grenzüberschreitend bieten und folgt dem „Grundsatz der einmaligen Erfassung“. Damit sollen Bürgerinnen und Bürger Unterstützung erhalten, wenn sie

bspw. geschäftlich tätig sind, arbeiten, studieren oder umziehen. Um den Verwaltungen Zeit für die Anpassung zu geben, enthält die Verordnung Fristen für die Online-Stellung der Dienste je nach Sachverhalt von 2 bis 5 Jahren.

<http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/09/27/single-digital-gateway-regulation-adopted-by-council-better-online-access-to-information-and-procedures-across-the-eu/pdf>

4.9. KOM: Regeln für die elektronische Identifizierung

Am 29. September 2018 trat die eIDAS-Verordnung (Verordnung über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt) in Kraft. Diese regelt EU-weit den grenzüberschreitenden Zugang zu Online-Dienstleistungen per elektronischer Identifizierung, so dass Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen bspw. grenzüberschreitend online Schulanmeldungen durchführen, Steuererklärungen abgeben und Bankkonten eröffnen können oder auch auf medizinische Daten zugreifen können. Dabei werden die Grundsätze des Schutzes persönlicher Daten beachtet.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180928-elektronische-identifizierung_de

5. Finanzen

5.1. Lage der Union 2018: Überwachung der Geldwäschebekämpfung

Die KOM hat am 20. September 2018 einen Vorschlag zur Änderung der Verordnung zur Errichtung der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) vorgelegt. Der Vorschlag ist Teil einer umfassenden Strategie zur Stärkung des EU-Rahmens für eine wirksame Beaufsichtigung von Finanzinstituten und eine bessere Verwaltungszusammenarbeit im Bereich der Geldwäsche. Die Strategie umfasst legislative und nichtlegislative Maßnahmen. Kommissionpräsident Juncker hatte in seiner Rede zur Lage der Union zuvor bereits unter dem Aspekt „Vollendung unserer Sicherheitsunion“ derlei Maßnahmen angekündigt.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-5724_de.htm

5.2. KOM: Mehrwertsteuer-Lücke im Jahr 2016

Nach einer am 21. September 2018 von der KOM veröffentlichten Studie entgingen den Mitgliedstaaten 2016 Mehrwertsteuereinnahmen von fast 150 Mrd. EUR. Die sog. Mehrwertsteuerlücke entspricht dem Unterschiedsbetrag zwischen erwarteten und real erzielten Einnahmen. Ihre Ursachen sind Steuerhinterziehung und -umgehung sowie Zahlungsunfähigkeit, fehlerhafte Berechnungen und unzureichende Steuererhebung. Nominal ist die Lücke

2016 um 10,5 Mrd. EUR auf 147,1 Mrd. EUR zurückgegangen (12,3% weniger Einnahmen als erwartet, gegenüber 13,2% in 2015). Dabei sind zwischen den Mitgliedstaaten große Unterschiede zu verzeichnen. In 22 Mitgliedstaaten verkleinerte sich die Lücke, in Bulgarien, Lettland, den Niederlanden und Zypern um mehr als 5%. In Estland, Finnland, Frankreich, Irland, Rumänien und UK vergrößerte sie sich dagegen. Sie reichte von 0,85% in Luxemburg bis 35,88% in Rumänien. Für Deutschland wurde der Wert von 9% berechnet (2015: 10%), was 22,7 Mrd. EUR entspricht.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-17-3441_de.htm

5.3. KOM: Keine steuerliche Sonderbehandlung für McDonald's

Die KOM hat am 19. September 2018 bekannt gegeben, dass die Nichtbesteuerung bestimmter Gewinne von McDonald's in Luxemburg keine unzulässige staatliche Beihilfe darstellt, da sie mit dem luxemburgischen Steuerrecht und dem Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Luxemburg und den USA im Einklang stand. Gleichzeitig begrüßt die KOM die Maßnahmen, die Luxemburg ergriffen hat, um eine doppelte Nichtbesteuerung in Zukunft zu vermeiden. Es bleibe jedoch festzuhalten, dass McDonald's keine Steuern auf seine Gewinne entrichtet habe, was nicht dem Prinzip der Steuergerechtigkeit entspreche.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180919donald_de

5.4. KOM: Beschlagnahmen durch EU-Zollbehörden 2017

Die europäischen Zollbehörden haben im vergangenen Jahr an den EU-Außengrenzen mehr als 31 Mio. nachgeahmte und gefälschte Waren in einem Gesamtwert von über 580 Mio. EUR beschlagnahmt. Die Gesamtzahlen sind zwar seit 2016 zurückgegangen, doch machen gefälschte, potenziell gefährliche Waren für den täglichen Gebrauch wie z. B. Gesundheitsprodukte, Arzneimittel, Spielzeug und Elektrogeräte einen viel höheren Anteil an allen Beschlagnahmen aus: 43% aller beschlagnahmten Waren fielen in diese Kategorie. Die insg. am häufigsten vertretene Kategorie waren Nahrungsmittel mit 24%, gefolgt von Spielzeug (11%), Zigaretten (9%) und Bekleidung (7%), teilte die KOM am 27. September 2018 mit.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180928-gefaelschte-waren_de

5.5. EuGH: Akten von Finanzaufsichtsbehörden

Am 13. September 2018 hat der EuGH in zwei Rechtssachen zum Zugang zu Akten von Finanzaufsichtsbehörden geurteilt (C-358/16, C-594/16). Danach können nationale Finanzaufsichtsbehörden verpflichtet sein, zur Sicherstellung der Verteidigungsrechte oder für die

Zwecke ihrer Verwendung im Rahmen eines zivil- oder handelsrechtlichen Verfahrens Zugang zu Informationen zu gewähren, die unter das Berufsgeheimnis fallen.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2018-09/cp180129de.pdf>

6. Wirtschaft und Energie

6.1. EuRH: Hintergrundpapier zur EU-Wettbewerbspolitik

Das am 12. September 2018 bekannt gegebene Hintergrundpapier des EuRH bezieht sich auf die aktuelle Prüfung der KOM zur Durchsetzung der EU-Wettbewerbspolitik und soll als Informationsquelle und zur Veranschaulichung der EU-Wettbewerbsregeln dienen. Darin sind die Relevanz des Wettbewerbs für den Binnenmarkt, die aktuellen Zielsetzungen, Vorschriften und Kompetenzen der unterschiedlichen Stellen dargestellt. Für die Prüfung werden die betroffenen Angestellten der KOM und Wettbewerbsbehörden der Mitgliedstaaten interviewt sowie Maßnahmen und Kooperation der KOM begutachtet. Der abschließende Prüfungsbericht wird Mitte 2019 erwartet.

https://www.eca.europa.eu/Lists/News/NEWS1809_12/INBP_COMPETITION_DE.pdf

https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/BP_COMPETITION/BP_COMPETITION_EN.pdf

6.2. KOM: Prüfung von Automobilherstellern wg. möglicher Absprache

Die KOM hat eine förmliche Prüfung über Absprachen zwischen BMW, Daimler, Volkswagen, Audi und Porsche zur Schaffung und Umsetzung von Emissionsminderungssystemen begonnen. Diese bezieht sich auf SCR-Systeme zur Reduzierung schädlicher Stickoxidemissionen von Dieselfahrzeugen sowie Partikelfilter für Ottomotoren zur Reduzierung schädlicher Feinstaubemissionen bei Benzinfahrzeugen. Die KOM begründet die Prüfung mit dem Verdacht, Konkurrenz vermeiden und Verbrauchern den Kauf umweltfreundlicher PKW trotz vorhandener Techniken nicht gewähren zu wollen. Damit könnte ein Verstoß gegen EU-Kartellvorschriften vorliegen. Die Prüfung wird vorrangig bearbeitet und erfolgt ohne verbindliche Frist. Im Oktober 2017 konnte die KOM keine ausreichenden Beweise für mögliche Abstimmungen dieser Konzerne zu weiteren Aspekten feststellen.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-5822_de.htm

6.3. KOM: Steigender Export durch CETA

Ein Jahr nach dem Inkrafttreten des Wirtschafts- und Handelsabkommens zwischen Kanada und der EU (CETA) präsentiert die KOM die aus dem Abkommen resultierenden positiven

Trends. Die europäischen Exporte stiegen um über 7% zwischen Oktober 2017 und Juni 2018. Die Bereiche Maschinenbau und Arzneimittel sowie der Agrarsektor profitieren besonders von der Abschaffung der Zölle durch CETA. Am 27. September 2018 fand die erste Sitzung des durch CETA geschaffenen Gemischten Ausschusses unter Vorsitz Kanadas sowie der EU-Handelskommissarin Malmström statt. Im Rahmen dieses Treffens wurden drei zentrale Empfehlungen vereinbart: die Verbesserung von Investitionsmöglichkeiten für KMU, CETAs Beitrag dem Klimawandel entgegenzuwirken sowie die Betonung der Wichtigkeit von Handel und Geschlechtergleichstellung.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-5828_de.htm

http://europa.eu/rapid/press-release_STATEMENT-18-5924_de.htm

6.4. G20: Stahlindustrie - Maßnahmen gegen Überkapazitäten

Am 20. September 2018 haben sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des jährlichen Globalen Forums zu Stahlüberkapazitäten darüber abgestimmt, bei Notwendigkeit erneute Stahlverringierungen vorzunehmen. Die Ausweitung des Problems soll vermieden und Überkapazitäten auslösende Subventionen aufgehoben werden. Die KOM lobte diese Prozesse in einer schwierigen Situation und hob hervor, dass multilaterale Kooperation die beste Maßnahme zur Lösung weltweiter Probleme sei. Die globalen überschüssigen Stahlproduktionskapazitäten sanken 2017 auf 540 Mio. Tonnen, nach dem Rekordwert von 2016 der zweithöchste der Geschichte.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-5865_de.htm

6.5. Rat: Digitales Zugangstor zu Online-Verwaltungsdiensten

Der Europäische Rat hat am 27. September 2018 eine Verordnung zur Einrichtung eines zentralen digitalen Zugangstores angenommen. Die Verordnung ermöglicht es sowohl Einzelpersonen als auch Unternehmen, Zugang zu Informationen, Verfahren und Hilfs- sowie Problemlösungsdiensten der gesamten EU zu erhalten. Ziel ist es, den bestehenden Verwaltungsaufwand zu reduzieren, indem grundlegende Verwaltungsverfahren grenzüberschreitend online zur Verfügung stehen. Beispielsweise die Beantragung von Studierendenbeihilfen, der Europäischen Krankenversicherungskarte oder die Zulassung eines Kraftfahrzeugs sollen nicht nur nationalen, sondern auch grenzüberschreitenden Nutzenden online verfügbar sein.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/09/27/single-digital-gateway-regulation-adopted-by-council-better-online-access-to-information-and-procedures-across-the-eu/>

7. Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft

7.1. Lage der Union 2018: Klimaschutz

In seiner Rede zur Lage der Union am 12. September 2018 ging Kommissionspräsident Juncker auch auf das Thema Klimaschutz ein. Die Trockenheit des letzten Sommers hat die Wichtigkeit des Erreichens der im Pariser Abkommen eingegangenen Ziele zur Reduktion der CO₂-Emissionen nochmals aufgezeigt. In der sog. Absichtserklärung wurden die Initiativen im Rahmen der Priorität 3 „Eine krisenfeste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzpolitik“ fortgeführt. Zudem sollen neue Initiativen ausgebaut werden, wie bspw. die Schaffung eines institutionellen Rahmens für die europäische Energie- und Klimapolitik bis 2025.

https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/soteu2018-speech_de.pdf

https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/letter-of-intent-2017_de.pdf

7.2. EP: Kunststoffstrategie

Am 13. September 2018 verabschiedete das EP auf Basis eines Entwurfs der KOM den Beschluss zur Erarbeitung einer Europäischen Kunststoffstrategie. Ziel ist Umweltproblemen, die derzeit durch die Herstellung, die Verwendung und den Verbrauch von Kunststoffen verursacht werden, entgegenzusteuern. Aus dem EP-Beschluss gehen u. a. folgende Aufgaben für die KOM hervor: sie soll einen Vorschlag für Qualitätsstandards zum Recycling entwerfen sowie ein Verbot von Mikroplastik in Pflegeprodukte, Spülmittel und Reinigungsmittel bis 2020 vorbereiten.

<http://www.europarl.europa.eu/oeil/popups/summary.do?id=1552298&t=e&l=en>

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52018DC0028&from=EN>

7.3. EP: Zulassungssystem von Pflanzenschutzmitteln

Am 13. September 2018 hat das EP eine Entschließung über die Durchführung der Pflanzenschutzmittel-Verordnung verabschiedet. Darin betont das EP den Wert des europäischen Zulassungssystems, äußert jedoch auch Kritik und gibt eine Reihe von Empfehlungen zu seiner Verbesserung.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2018-0356+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

7.4. Eurostat: Nachhaltigkeitsziele in der EU



Das Statistische Amt der EU (Eurostat) stellte am 18. September 2018 seinen Fortschrittsbericht über das Erreichen der Nachhaltigkeitsziele in der EU vor. Insgesamt konnte Eurostat einen Fortschritt hinsichtlich der meisten der insgesamt 17 Nachhaltigkeitsziele innerhalb der letzten 5 Jahre

konstatieren. Die größten Fortschritte erzielte die EU hinsichtlich der Ziele „Gesundheit und Wohlergehen“, „Hochwertige Bildung“ sowie „Bezahlbare und saubere Energie“. Aufgrund des anhaltenden Anstiegs der Einkommensunterschiede zwischen den Mitgliedstaaten lässt sich jedoch eine negative Entwicklung des Ziels „Weniger Ungleichheiten“ feststellen.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/9234944/8-18092018-AP-DE.pdf/ebe5111f-9659-4bad-a4a0-55bbcc9da6c9>

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/3217494/9237449/KS-01-18-656-EN-N.pdf/2b2a096b-3bd6-4939-8ef3-11cfc14b9329>

7.5. EuRH: Sonderbericht zur Luftverschmutzung

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) stellte am 11. September 2018 seinen Sonderbericht „Luftverschmutzung: Unsere Gesundheit ist nach wie vor nicht hinreichend geschützt“ vor. Daraus geht hervor, dass die bisherigen Anstrengungen der EU zum Schutz der menschlichen Gesundheit vor Luftverschmutzung nicht wie erwartet gewirkt haben. Das liege u. a. an veralteten EU-Luftqualitätsnormen, die nicht den WHO-Leitlinien entsprechen oder darüber hinaus an mangelnder Erfüllung der EU-Vorgaben durch die Mitgliedstaaten. Daher unterbreitet der EuRH der KOM Vorschläge, um die Luftqualität zu verbessern.

https://www.eca.europa.eu/Lists/News/NEWS1809_11/INSR_AIR_QUALITY_DE.pdf

https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR18_23/SR_AIR_QUALITY_DE.pdf

8. Wissenschaft, Forschung und Kultur

8.1. KOM: Europäischer Forschungsrat

50 Inhaber eines Forschungsstipendiums des Europäischen Forschungsrats (ERC) haben am 10. September 2018 mit dem Erhalt eines zusätzlichen „*Proof-of-Concepts-Grants*“ die Chance erhalten, das Marktpotential ihrer Forschungs idee zu testen. Dazu gehört in Deutschland auch das Geoforschungszentrum Potsdam.

<https://www.gfz-potsdam.de/startseite/>

https://ec.europa.eu/germany/news/20180910-marktreife-test-innovationen-eu-wissenschaftler-potsdam-und-aachen_de

8.2. Rat: Ministerin Dr. Martina Münch in Brüssel

Die zuständigen Ministerinnen und Minister für Forschung trafen sich am 28. September 2018 im Rahmen des Rates für Wettbewerbsfähigkeit in Brüssel. Sie führten eine Orientierungsaussprache über das kommende EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont Europa“ und den strategischen Planungsprozess. Ministerin Münch nahm ebenfalls an der Sitzung teil. Die Mitgliedstaaten sprachen sich dafür aus, dass die rechtliche Grundlage beim Spezifischen Programm – anders als von der KOM vorgeschlagen und dem EP gewünscht – nur Artikel 182 Abs. 2 AEUV sein soll. In den strategischen Planungsprozess möchte der Rat maßgeblich involviert werden, indem Hauptelemente wie z. B. Missionen und Partnerschaften in das spezifische Programm aufgenommen und dem Rat zur Entscheidung vorgelegt werden.

<http://www.consilium.europa.eu/media/36509/st12588-en18.pdf>

<http://www.consilium.europa.eu/de/meetings/compet/2018/09/27-28/>

8.3. EU investiert 1 Mrd. Euro in europäischen Supercomputer

Der Rat hat am 28. September 2018 eine von der KOM vorgeschlagene Verordnung zur Gründung des Gemeinsamen Unternehmens für europäisches Hochleistungsrechnen (European High Performance Computing, EuroHPC) beschlossen. Die EU bündelt damit Ressourcen aus 25 europäischen Ländern zum Aufbau einer europäischen Hochleistungsrecheninfrastruktur von Weltrang. 1 Mrd. EUR werden von KOM und Mitgliedstaaten investiert. Auch Deutschland beteiligt sich daran. Supercomputer werden benötigt, um die immer größeren Datenmengen zu verarbeiten.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180928-europaeischer-supercomputer_de

8.4. KOM: Verbesserungsbedarf bei *Europeana*

Die KOM veröffentlichte am 6. September 2018 einen Bericht über die Bewertung von *Europeana*, der digitalen Plattform für das Kulturerbe, die im Rahmen der Fazilität „Connecting Europe“ (CEF) finanziert wird. *Europeana* ist insg. für die Onlinezugänglichkeit und die Verbreitung des europäischen Kulturerbes von hoher Relevanz, da sie den professionellen Austausch von kulturellem und technologischem Fachwissen fördert. Allerdings hält die KOM die Relevanz und die Qualität der Inhalte und Metadaten für verbesserungsbedürftig.

<http://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2018/FR/COM-2018-612-F1-FR-MAIN-PART-1.PDF>

9. Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie

9.1. EP: Europäisches Solidaritätskorps

Das EP hat auf seiner Plenartagung am 11. September 2018 über den Legislativvorschlag zu dem Rechtsrahmen für das Europäische Solidaritätskorps abgestimmt und damit grünes Licht gegeben. Das Solidaritätskorps bietet jungen Menschen zwischen 18 und 30 Jahren die Chance, sich für eine Dauer zwischen zwei Monaten und einem Jahr zu engagieren. Die Initiative erstreckt sich auf alle Mitgliedstaaten der EU, Norwegen, Island, Liechtenstein, die Türkei und die Republik Nord-Mazedonien. Das Budget i. H. v. 375,6 Mio. EUR für den Zeitraum 2018–2020 wurde bereits bewilligt. 90% davon entfallen auf die Freiwilligen-, 10% auf die Beschäftigungsprojekte innerhalb des Programms. Für die nächste Haushaltsperiode (2021–2027) schlug die KOM ein Budget in Höhe von 1,26 Mrd. EUR vor.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20180906|PR12101/grunes-licht-fur-europaisches-solidaritatskorps>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+P8-TA-2018-0328+0+DOC+PDF+V0//DE>

9.2. Eurostat: Quote der offenen Stellen in der EU

Am 17. September 2018 veröffentlichte Eurostat die Zahlen der offenen Stellen im Euroraum und in der EU27. Die Quote der offenen Stellen betrug im 2. Quartal 2018 im Euroraum 2,1% und war damit unverändert gegenüber dem Vorquartal, verzeichnete jedoch einen Anstieg gegenüber 1,9% im 2. Quartal 2017. In der EU28 lag die Quote der offenen Stellen im 2. Quartal 2018 bei 2,2%. Damit war sie unverändert gegenüber dem Vorquartal und verzeichnete einen Anstieg gegenüber 2,0% im 2. Quartal 2017. Unter den Mitgliedstaaten seien die höchsten Quoten im 2. Quartal 2018 in der Tschechischen Republik (5,4%), Belgien (3,5%), den Niederlanden (3,1%) und Deutschland (2,9%) zu verzeichnen. Die niedrigsten Quoten seien dagegen in Griechenland (0,7%), Bulgarien, Spanien und Portugal (je 0,9%) gemessen worden.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/9102914/3-17092018-BP-DE/072ce876-0e0a-40f2-b7a8-a294483f3313>

9.3. EuGH: Entsendung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern

Der EuGH hat mit Urteil vom 6. September 2018 entschieden, dass ein entsandter Arbeitnehmer, der einen anderen entsandten Arbeitnehmer ablöst, unter das System der sozialen Sicherheit am Arbeitsort fällt, auch wenn die beiden Arbeitnehmer nicht von demselben Arbeitgeber von einem EU-Staat in einen anderen entsandt wurden. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Arbeitgeber der beiden betreffenden Arbeitnehmer ihren Sitz im selben Mitgliedstaat haben oder ob zwischen ihnen personelle oder organisatorische Verflechtungen bestehen. Eine vom zuständigen Träger eines Mitgliedstaates ausgestellte A1-Bescheinigung ist sowohl für die Träger der sozialen Sicherheit als auch für die Gerichte des Mitgliedstaats, in dem die Tätigkeit ausgeübt wird, verbindlich, solange sie von dem Mitgliedstaat, in dem sie ausgestellt wurde, weder widerrufen noch für ungültig erklärt worden ist.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2018-09/cp180126de.pdf>

9.4. KOM: Einhaltung des EU-Rechtes durch Ryanair

Bei einem Treffen am 26. September 2018 mit dem Vorstandsvorsitzenden der Fluggesellschaft Ryanair, Michael O’Leary, betonte EU-Sozialkommissarin Marianne Thyssen, dass die Vorschriften der EU für eine gerechte Arbeitskräftemobilität und Arbeitnehmerschutz eindeutig und anzuwenden seien. Darüber hinaus setze nicht der Unternehmensstandort, sondern der Wohnsitz der Arbeitnehmerin bzw. des Arbeitnehmers das einschlägige Recht fest.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180926-arbeitnehmerrechte-bei-ryanair_de

10. Infrastruktur und Landesplanung

10.1. KOM: 5G Testkorridor für autonome Fahrzeuge

Am 28. September 2018 haben Estland, Lettland und Litauen die “Via Baltica–Nord Initiative” gestartet. Ziel ist es, einen experimentellen 5G-Korridor für den Test autonomer Fahrzeuge einzurichten. Die Initiative ist Teil des pan-europäischen 5G-Netzwerks grenzüberschreitender Korridore, welches die KOM, 29 europäische Staaten und der Europäische Wirtschaftsraum im März 2017 etabliert haben. Am 27. September 2018 wurde außerdem das „European 5G Observatory“ von der KOM auf den Weg gebracht, das die neuesten Informationen in diesem Bereich einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen soll.

<https://news.err.ee/865196/baltic-ministers-sign-via-baltica-5g-agreement>

<https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/eye-future-european-5g-observatory>

10.2. Neue Emissionstests bei Neuzulassung von Kraftfahrzeugen

Seit dem 1. September 2018 dürfen in der EU nur noch Neuwagen zugelassen werden, deren Kraftfahrzeugemissionen nach dem weltweit harmonisierten Prüfverfahren für Personwagen und leichte Nutzfahrzeuge – „World Harmonised Light Vehicle Test Procedure“ (WLTP) – getestet wurden. Bereits seit September 2017 gilt das WLTP-Prüfverfahren für die Einführung neuer Kfz-Fahrzeugtypen, welches nun auf alle Neuwagen ausgeweitet wurde. Mit den neuen Emissionstests sollen zuverlässigere Ergebnisse und mehr Vertrauen in die Leistung der Fahrzeuge erzielt werden.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32017R1152&from=DE>
[http://europa.eu/rapid/press-release MEMO-17-2821_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-17-2821_de.htm)

11. Verschiedenes

11.1. EuRH: Ausweitung der Aufsichtstätigkeit der KOM

Die neue Landscape-Analyse des EuRH gelangt zu dem Ergebnis, dass eine Ausweitung der Aufsichtstätigkeit der KOM zur Anwendung des Unionsrechts durch die Mitgliedstaaten erforderlich ist. Gemäß Art. 17 Abs. 1 AEUV hat die KOM die Anwendung des Unionsrechts zu kontrollieren, um die Gefahr möglicher Verstöße zu verringern. Diesem Auftrag werde in ausgiebiger Weise entsprochen, z. B. durch die systematische Kontrolle der Umsetzung von EU-Rechtsvorschriften in nationales Recht. Gleichzeitig zeigt die Analyse Optionen für mögliche Erweiterungen der Aufsichtstätigkeit auf. Sie empfiehlt der KOM u. a., Generaldirektionen zum Wissensaustausch anzuregen und einen allgemeinen Rahmen für das Aufsichtsmangement aufzustellen.

https://www.eca.europa.eu/Lists/News/NEWS1809_03/INLR_EU_LAW_DE.pdf

11.2. Rede zur Lage der Union 2018: Schutz vor Wahlmanipulation

Die KOM stellte am 13. September 2018 ein Maßnahmenpaket zum Schutz vor Wahlmanipulation vor. In seiner Rede zur Lage der Union hat Kommissionspräsident Juncker den Schutz freier und fairer Wahlen gefordert. Dieses Paket umfasst u. a. die Empfehlung an die Mitgliedstaaten, nationale Kooperationsnetze aufzubauen, um die Fähigkeiten und das Wissen von Behörden zu bündeln, die für Cybersicherheit, Datenschutz, Wahlfragen oder Strafverfolgung zuständig sind. So können koordinierte Reaktionen effektiver gewährleistet werden. Zudem kündigt die KOM u. a. Maßnahmen für mehr Transparenz bezüglich politischer Online-Werbeanzeigen sowie zur Verschärfung der VO zur Parteienfinanzierung oder Sanktionen bei rechtswidriger Nutzung personenbezogener Daten an. Darüber hinaus soll ein Kompetenzzentrum für Cybersicherheit eingerichtet werden.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180913-wahlen-besser-vor-manipulationen-geschuetzt_de

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52018DC0637&from=EN>

11.3. Eurostat: Jahrbuch der Regionen 2018

Am 13. September 2018 veröffentlichte Eurostat – wie jedes Jahr – das Jahrbuch der Regionen. Darin werden die 276 europäischen Regionen in den Bereichen Regionalpolitik, Gesundheit, allgemeine und berufliche Bildung, Arbeitsmarkt, Wirtschaft, strukturelle Unternehmensstatistiken, Forschung und Innovation, digitale Wirtschaft und Gesellschaft, Tourismus, Verkehr und Landwirtschaft verglichen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180913-eurostat-jahrbuch-der-regionen-2018-regionen-im-vergleich_de

https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Regional_policies_and_European_Commission_priorities/de

11.4. KOM: Gesetzesvorschlag für Ende der Zeitumstellung

Am 14. September 2018 hat die KOM – wie angekündigt – einen Legislativvorschlag zur Abschaffung der jahreszeitlich bedingten Zeitumstellung vorgelegt. Darin schlägt sie vor, im Jahr 2019 die Zeitumstellungen in Europa zu beenden. Die Entscheidung, ob sie dauerhaft die Sommer- oder die Winterzeit anwenden wollen, soll den Mitgliedstaaten überlassen werden. Die Konsultation auf nationaler und europäischer Ebene, um ein koordiniertes Vorgehen der Mitgliedstaaten zu gewährleisten, soll jedoch durch die KOM gefördert werden.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180914-kommission-gesetzesvorschlag-ende-zeitumstellung_de

<https://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2018/DE/COM-2018-639-F1-DE-MAIN-PART-1.PDF>

11.5. EP: Bevölkerung erwartet mehr europäische Maßnahmen

Ein Großteil der EU-Bürgerinnen und Bürger fordert ein verstärktes Tätigwerden der EU z. B. in den Bereichen Umweltschutz, Kampf gegen Terrorismus und Migration sowie zur Reduktion der Arbeitslosigkeit. Auch nach außen solle die EU mit einer einheitlichen Stimme auftreten. Dies ergab eine Umfrage des Europabarometers. Demnach empfinden die Befragten europäische Initiativen nicht als Überregulierung – im Vergleich zu den Befragungen aus den Vorjahren stieg die Zustimmungsrates zur Unionspolitik sogar, auch in Deutschland. Trotzdem ergab die Umfrage, dass die Mehrheit in Deutschland, den Niederlande und Belgien weiter-

hin für ein Europa der zwei Geschwindigkeiten plädiert. Anders ist die Lage in Portugal, Griechenland, Rumänien und Spanien, wo sich die Befragten für ein gemeinsames Vorgehen aussprachen.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20180918IPR13718/ein-europa-das-handelt-eu-burger-erwarten-mehr-gemeinsame-massnahmen-der-eu>

<http://www.europarl.europa.eu/at-your-service/de/be-heard/eurobarometer/delivering-on-europe-citizens-views-on-current-and-future-eu-action>

11.6. Europäischer Tag der Sprachen

Am 26. September 2018 wurde europaweit der Europäische Tag der Sprachen gefeiert. Zahlreiche Organisationen richteten Veranstaltungen wie z. B. einen mehrsprachigen Poetry-Slam aus. Der zuständige EU-Kommissar Oettinger sprach allen Übersetzerinnen und Übersetzern sowie Dolmetscherinnen und Dolmetschern seine Würdigung aus. Bezüglich der Relevanz von Sprachen als vielfältiger Bestandteil der EU und dem Aufbau eines Europäischen Bildungsraumes hat die KOM im Mai eine Förderung des Sprachenlernens und -unterrichtes bis 2025 vorgeschlagen. 2015 erlernten fast alle Schülerinnen und Schüler in der EU mindestens eine, über die Hälfte zwei oder mehr Fremdsprachen. In Deutschland lernt nur jeder dritte Schüler zwei Fremdsprachen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180925-europaeischer-tag-der-sprachen_de

11.7. KOM: Kampf gegen Desinformationen

Am 26. September 2018 haben große Online-Plattformen wie Facebook oder Google mit Industrieverbänden aus Kommunikation und Werbung einen gemeinsamen Verhaltenskodex präsentiert. Die darin enthaltenen Maßnahmen sollen die Verbreitung von Falschinformationen im Internet verhindern. Für die EU ist dies insb. im Hinblick auf die bevorstehenden Online-Kampagnen für die Europawahlen 2019 von Bedeutung. Die bis zum Jahresende vorliegenden Ergebnisse sollen von der KOM beurteilt werden.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180926-kampf-gegen-desinformation_de

III. Aktuelles aus der Landesvertretung

1. MIL Konsultationsbesuch in der LV

Am 3. und 4. September 2018 besuchten Kolleginnen und Kollegen aus allen Abteilungen des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung (MIL) die Landesvertretung. Sie erhielten einen Einblick in die Arbeitsstrukturen der Landesvertretung, des EP (inkl. Besuch des EP), des Rates und des Beobachters der Länder bei der EU. Darüber hinaus informierten Theresa König und Thilo Maurer von der KOM über aktuelle Fragestellungen der europäischen Kohäsionspolitik und den Vorschlag zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen.

2. Delegierte der Ostafrikanischen Gemeinschaft in Brüssel

Am 6. September 2018 waren Delegierte der Ostafrikanischen Gemeinschaft (EAC) in der Landesvertretung zu Gast, um sich gemeinsam mit Finanzreferentin Marion Maurer von der Landesvertretung zu Themen der Fiskalpolitik in einer Währungsunion auszutauschen. Um von den Erfahrungen der EU zu lernen, besuchte die Delegation verschiedene Institutionen in Frankfurt/Main, Berlin und Brüssel; u. a. die Europäische Zentralbank, den Bundestag, das Bundesfinanzministerium und die KOM. Frau Maurer und Frau Specht stellten die Rolle der Landesvertretung im Gefüge der EU vor und vermittelten ihre Erfahrungen in der Interessensvertretung einer Mehrebenenregierung wie der EU.



3. Europaministerkonferenz in Brüssel



Am 26./27. September 2018 tagte die 78. Europaministerkonferenz unter nordrhein-westfälischem Vorsitz in Brüssel, an der Europaminister Ludwig teilnahm. Themen waren u. a. der Mehrjährige Finanzrahmen und Kohäsionspolitik nach 2020, Europäische Territoriale Zusammenarbeit, der Brexit und die Europawahlen 2019. Am Rande der EMK nahm sich der Minister auch Zeit für ein Gespräch in der Landesvertretung.

IV. Öffentliche Konsultationen

Nachfolgend sind die durch die KOM im September eingeleiteten öffentlichen Konsultationsverfahren aufgeführt. Die Themenangaben sind mit weiteren Informationen zu der jeweiligen Konsultation verlinkt.

Alle laufenden Verfahren finden Sie unter: https://ec.europa.eu/info/consultations_de.

- **[Fitness check of the water framework directive and the floods directive](#)**
Themen: Umwelt
Konsultationszeitraum: 17. September 2018 – 4. März 2019
- **[Bewertung der Verordnung über einen Verhaltenskodex in Bezug auf Computerreservierungssysteme](#)**
Themen: Verkehr
Konsultationszeitraum: 17. September 2018 – 10. Dezember 2018
- **[Bewertung der Richtlinie über die Offshore-Sicherheit](#)**
Themen: Energie, Beschäftigung und Soziales, Umwelt, Maritime Angelegenheiten und Fischerei
Konsultationszeitraum: 19. September 2018 – 21. Dezember 2018
- **[Evaluation of the toy safety directive](#)**
Themen: Binnenmarkt
Konsultationszeitraum: 19. September 2018 – 12. Dezember 2018
- **[Bewertung der verstärkten Zusammenarbeit zwischen den öffentlichen Arbeitsverwaltungen](#)**
Themen: Beschäftigung und Soziales
Konsultationszeitraum: 20. September 2018 – 13. Dezember 2018
- **[Bewertung der Gruppenfreistellungsverordnung für Schifffahrtskonsortien](#)**
Themen: Wettbewerb
Konsultationszeitraum: 27. September 2018 – 20. Dezember 2018

V. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesvertretung

Die Vertretung des Landes Brandenburg ist eine eigene Dienststelle und zugleich ein Referat der Abteilung IV (Europa) des Ministeriums der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz.

Dr. Marcus Wenig – Leiter Tel.: 0032 2 737 74 50
(Grundsatzfragen, Beziehungen zu den EU-Institutionen, Partnerregionen)

N. N. – stellvertretende/r Leiter/in Tel.: 0032 2 737 74 31
(Justiz, Verbraucherschutz)

Birgit Urban Tel.: 0032 2 737 74 63
(Wirtschaft, Energie; Regionalpolitik)

Marion Maurer Tel.: 0032 2 737 74 62
(Finanzen; Arbeit und Soziales)

Jens Hammerschmidt Tel.: 0032 2 737 74 56
(Inneres, Kommunales)

Christina Schlawe Tel.: 0032 2 737 74 64
(Infrastruktur, Landesplanung; Wissenschaft, Forschung, Kultur)

Katrin Gericke Tel.: 0032 2 737 7465
Ländliche Entwicklung, Umwelt, Landwirtschaft

Claudia A. Lehmann Tel.: 0032 2 737 74 58
(Verwaltung, Haushalt, Veranstaltungen, Praktika)

Peggy Navarro Tel.: 0032 2 737 74 52
(Büroassistentin)

Fritz Lehmann Tel.: 0032 2 737 74 61
(Hausmeister, Fahrer)

Adresse:

Vertretung des Landes Brandenburg bei der EU
Rue Joseph II / Jozef II straat 108
B- 1000 Brüssel

Telefon: 0032 2 737 74 51

Fax: 0032 2 737 74 69

E-Mail: poststelle@eulv.brandenburg.de

Web: www.eulv.brandenburg.de